bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 24 | 20. November 2008

Rechte Szene 2

„Wagnis Wahlantritt“
Der zusätzliche Urnengang in Hessen dürfte die finanziell gebeutelte NPD vor erhebliche Probleme stellen.

Braune Erzieher-Truppe
Der Druck auf die Bundesregierung, Maßnahmen zu einem möglichen Verbot der Heimattreuen Deutschen Jugend zu ergreifen, wächst.

„Wischi-Waschi-Kurs“
Neonazis zeigen sich von der bayerischen NPD enttäuscht und kehren der Partei den Rücken zu.

„Taktische Fragen“
Handgreiflichkeiten in der Sachsen-NPD.

Ausland 6

Prominente Autorenschaft
Neues Sprachrohr für die französische extreme Rechte.

Seitenblick 7

„Antisemitische Keule“
70 Jahre nach dem Novemberpogrom: NPD-Antrag sieht Schuld bei Juden.

Grauzone 8

Gesinnungsvertriebene
Der revanchistische Witikobund pflegt allerlei Verbindungen zu Vertretern der extremen Rechten.

Feierabendstimmung
Fernsehzeitung warnt vor dem „Untergang des Abendlandes“.

Rezension 9

Unendliches Thema
Eine Bilanz der Antisemitismusforschung.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Tausendfach gelohnt
Seit 50 Jahren arbeitet jetzt die „Zentrale Stelle der Justizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Wagnis Wahlantritt“

Der zusätzliche Urnengang in Hessen dürfte die finanziell gebeutelte NPD vor erhebliche Probleme stellen.

Die vorgezogene Landtagswahl kommt den hessischen Rechtsaußen-Parteien alles andere als gelegen. Vor allem die NPD gerät in die Bredouille. Jörg Krebs, seit April ihr Landesvorsitzender, spricht von einem „Wagnis Wahlantritt“. Noch kein Jahr ist es her, als der personell schwache und finanziell klamme Landesverband nicht einmal 1 Prozent der Stimmen holte. An der Kassenlage dürfte sich seither nichts zum Positiven verändert haben – eher im Gegenteil. Und trotz des Abgangs ihres Vorstrafen sammelnden Ex-Vorsitzenden Marcel Wöll: Auch dem neuen Spitzenpersonal mangelt es an Qualität. Doch als es der NPD am 8. November gelungen war, bei einer Demonstration in Fulda 200 Neonazis auf die Straße zu bringen, meinte Krebs, man gehe das „Wagnis“ nun „ein ganzes Stück selbstbewusster“ an. Die Demo habe gezeigt, dass „allen Unkenrufen zum Trotz, die Zusammenarbeit zwischen NPD und freien nationalen Kräften in Hessen weiterhin funktioniert“.

Und genau darauf ist die Hessen-NPD dringend angewiesen. Zwar zählt sie rund 450 Mitglieder, doch deren Tätigkeitsdrang ist eher bescheiden, wie der Wahlkampf im Winter 2007/08 zeigte. Zeitweilig war er eine One-man-Show des Landesvorsitzenden mit allerlei Pannen und Peinlichkeiten. Wölls Ziel, „ein Feuerwerk der Propaganda loszulassen, das in Hessen seinesgleichen sucht“, wurde zur Lachnummer. Am Ende stand die „bittere Pille“ (Wöll) eines 0,9-Prozent-Ergebnisses, das sogar die Hoffnung auf eine Wahlkampfkostenerstattung zunichte machte. Das Geld hätte die NPD nun gut brauchen können. Denn die ihrerseits finanziell gebeutelte Parteizentrale in Berlin dürfte kaum geneigt und in der Lage sein, größere Summen nach Hessen zu transferieren. Zumal die Wahl in Bayern gezeigt hat, dass im Westen der Republik kaum etwas zu holen ist, und im nächsten Jahr unter anderem auch noch teure Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen sowie die Wahl zum Bundestag zu finanzieren sind.

Problematisch für die NPD ist auch der Zeitdruck, den der vorgezogene Urnengang mit sich bringt. Wenn am 18. Januar gewählt wird, müssen die Wahlvorschläge für Landesliste und Wahlkreise bereits am 15. Dezember bei den Wahlleitern vorliegen. Für die Liste werden 1000 Unterstützungsunterschriften benötigt. Kaum möglich scheint, dass es in der Kürze der Zeit gelingen kann, in vielen der 55 Wahlkreise auch Direktkandidaten aufzustellen. Bei der Landtagswahl vor einem Jahr hatte es die NPD – trotz des längeren und planbaren Vorlaufs – nur in 38 Kreisen geschafft, auch mit der Erststimme wählbar zu sein.

Bitter aus der Sicht der NPD war damals, dass sogar die Rechtskonkurrenz in Gestalt der Republikaner besser abschnitt. Zwar waren die noch einmal um 0,3 auf 1,0 Prozent geschrumpft, aber mit rund 27 700 Wählern hatten sie immer noch mehr Stimmen auf sich vereinen können als die NPD mit ihren knapp 24 000. Und: In 37 der 55 Wahlkreise waren die Republikaner stärker als die NPD.

Zumindest zeitlich sind die Republikaner auch diesmal voraus. Sie stellten bereits am 15. November ihre Landesliste auf. Angeführt wird sie erneut vom Landesvorsitzenden Haymo Hoch (55) aus Zwingenberg. Auf den nächsten Plätzen folgen Mark Olaf Enderes (44) aus Wiesbaden, Michael Langer (46) aus Frankfurt, Frank Marhauer (51) aus Steinau (Main-Kinzig-Kreis), Hans-Joachim Münd (46) aus Offenbach und Stephan Rüsges aus Vellmar. „Trotz des immensen Zeitdruckes“ zeigte sich Hoch davon überzeugt, „bis zum 15. Dezember weit mehr als die zum Wahlantritt erforderlichen 1000 Unterstützungsunterschriften vorlegen zu können“.

Anzeichen dafür, dass die Republikaner wieder zulegen können, gibt es freilich nicht. Sie setzen darauf, dass Ministerpräsident Roland Koch im Wahlkampf tatsächlich „gemäßigtere Töne“ anschlägt, um am Ende eventuell auch mit den Grünen im Landtag anbandeln zu können. „Unter diesen Umständen stünden nur noch die Republikaner für eine konsequent konservative Politik“, heißt es in einer Pressemitteilung ihres hessischen Landesverbandes. Doch die Hoffnung darauf, eine rechte Marktlücke besetzen zu können, war schon in den letzten Jahren immer wieder eine trügerische.

Tomas Sager

Braune Erzieher-Truppe

Der Druck auf die Bundesregierung, Maßnahmen zu einem möglichen Verbot der Heimattreuen Deutschen Jugend zu ergreifen, wächst.

Am 12. November hat der Innenausschuss des Bundestags den Antrag der Fraktionen von SPD und CDU/CSU beschlossen, ein Verbot der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) zu prüfen. Der Bundestag wird den Antrag dann voraussichtlich Anfang Dezember verabschieden. Seit Juni 2008 läuft bereits ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den beim Amtsgericht Kiel eingetragenen Neonazi-Verein. Am 9. Oktober durchsuchten Beamte aller Landeskriminalämter (außer Bremen und Saarland) bundesweit bei 88 Anhängern Privat- und Büroräume im Auftrag des Bundesinnenministeriums. Sie beschlagnahmten unter anderem 100 PCs, 50 Handys und 60 kleinere Datenträger. Insgesamt seien „16 Terabyte Daten" gesichert worden – die nun ausgewertet werden müssen. Im Landkreis Ludwigslust indessen, wo einige der aktivsten HDJ-Erzieher leben und als NPD-Funktionäre wirken, fanden überhaupt keine Hausdurchsuchungen statt, wie Polizeibehörden bestätigen.

Frühzeitig distanzierte sich das Ministerium in einer Pressemitteilung von der Annahme, die HDJ könnte eine Ersatzorganisation der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend" (WJ) sein. Denn dagegen spräche der Umstand, dass die HDJ „im Jahr 1990 gegründet" wurde. Später ruderten die Behörden etwas zurück. Der Berliner „Tagesspiegel" wusste am 16. Oktober über gefundenes „belastendes Material" zu berichten. Demnach seien die Sicherheitsbehörden auf Beweise dafür gestoßen, dass der Verein doch eine Nachfolgeorganisation der WJ sein könnte. Immerhin wurden auch die Räume des ehemaligen Vorsitzenden in Birkenwerder von Beamten durchsucht.

Bei genauer Betrachtung der HDJ-Vereinsregisterakte VR 672930 in Kiel ist zu sehen, dass der Verein zunächst „Die Heimattreue Jugend e.V." (DHJ) hieß und erst im Oktober 2000 in HDJ umbenannt worden war. Mit der Ernennung von Alexander Scholz aus Berlin zum „Bundesführer" tauchen die meisten der heutigen Anführer namentlich in den Reihen des Vereins auf, unter anderem Sebastian Räbiger (ehemaliger „Gauführer Sachsen" der WJ), Thomas Eichler oder Friedrich Kugler aus Franken. Nur sehr wenige von ihnen werden vorher im Zusammenhang mit der Vorläuferorganisation DHJ genannt, so Michael Gellenthin und Laurens Nothdurft. Die DHJ wurde in den 90er Jahren eher im gemäßigteren Lager verortet. Zudem distanzierte sich einer der ehemaligen Vorstandsmitglieder, Thomas G. aus Kiel, von der jetzigen Erzieher-Truppe HDJ.

Mit der Neubenennung wird 2002 auch eine neue Satzung verabschiedet. Weitaus auffälliger als die personellen Überschneidungen zwischen neu entstandener HDJ und DHJ sind nach wie vor die zur ehemaligen „Wiking-Jugend". Eine gezielte „Übernahme" des DHJ könnte auch als mögliches strategisches Kalkül gesehen werden. Dafür spricht, dass sich ein Teil der vorherigen DHJ-Aktivisten aus dem Geschehen nach der Umbenennung zurückzogen.

„Nur richtig Weißes macht glücklich"

Nach Erkenntnissen des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz ist das Ziel der „Heimattreuen Deutschen Jugend" „die frühzeitige rechtsextremistische Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen". Im Visier des bundesweit agierenden rund 400 Mitglieder starken Vereins sind Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 29 Jahren. In einem Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" 2007 betonte HDJ-„Bundesführer" Sebastian Räbiger aus dem brandenburgischen Reichenwalde, auch „Kleinstkinder" würden bereits in die Aktivitäten der Organisation eingebunden. 2008 fanden unter anderem HDJ-Veranstaltungen in der Nähe von Güstrow, Demmin, im Vogtland, im sächsischen Muldentalkreis, in Rheinland-Pfalz, in Ostwestfalen, in Franken und am Rhein statt.

Die selbst ernannten HDJ-Pädagogen greifen ein ins Familienleben nationalistischer Familien, um deren Kinder noch fester an die Szene zu binden. Kinder wachsen mit einer Verehrung für die NS-Zeit und deren militärische Anführer auf. SS-Männer wie Herbert Schweiger, Otto Ernst Remer oder Kurt Eggers werden als Vorbilder dargestellt. Kleinkinder malen ihre Familie auf einer Landkarte in den Grenzen von 1937 vor einem schwarz-weiß-roten Hintergrund. In eigens angefertigten Kreuzworträtseln haben sie den „Führer des letzten Deutschen Reiches" oder die „Hauptstadt Schlesiens" einzutragen. In der HDJ wird der Zweite Weltkrieg als „großdeutscher Freiheits-

kampf" heroisiert, die Hitlerjugend gilt als vorbildlich. Eine im „Funkenflug" abgebildete Fotoanzeige zeigte einen Jungen in HDJ-Kluft mit Kompass. Der Text dazu lautet: „Seine Mitschüler lernen in Erdkunde gerade die 16 Bundesländer." – „Er hat sie nicht nur auf zahlreichen Lagern und Fahrten bereist, sondern kennt sich auch in Ostpreußen, Pommern und Schlesien ganz gut aus."

Ein weiteres Foto zeigt zwei hellhäutige Kleinkinder, die fröhlich lachen. Das Bild im „Funkenflug" scheint einer Waschmittelwerbung entnommen zu sein, denn am Rande steht noch „Persil". Über der manipulierten Anzeige ist zu lesen: „Nur richtig Weißes macht glücklich." In kleinerer Schrift steht als zynischer HDJ-Kommentar darunter: „Werbung lügt nicht unbedingt immer." Es werden Texte publiziert, „in denen der Nationalsozialismus verherrlicht wird sowie antisemitische Einstellungsmuster deutlich werden", warnen inzwischen auch Verfassungsschützer.

Glorifizierung des paramilitärischen „Wehrwolfs"

Zahlreiche Ermittlungen laufen seit 2006 gegen Anhänger der HDJ unter anderem wegen verbotenen Uniformstragens, wegen „Bildung einer bewaffneten Gruppe", wegen Verletzungen des Jugendschutzgesetzes nach der Durchführung einer so genannten „Rasseschulung" auch vor Minderjährigen und wegen Körperverletzung.

Hinzu kommt ein Faible für historische rechte Untergrundgruppen wie die ehemaligen prodeutschen „Südtirol-Bomber", die vor Jahrzehnten italienische Sendemasten in die Luft sprengten oder für den in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts aktiven paramilitärischen „Wehrwolf – Bund deutscher Männer und Frontkrieger". Der Untergrundgruppe, die angeblich 30 000 Mann stark gewesen sein soll, wird 2008 in einer zweiteiligen Serie im „Funkenflug" gehuldigt. Demnach sah sich der „Wehrwolf" als „soziale Bewegung" mit dem Ziel: „Wir wollen aus diesem korrupten, faulen, von Demokraten und Kapitalistenknechten gebildeten und regierten Staat durch Revolution ein neues Reich mit nationalistischer Grundlage bauen." 1930 explodierten die ersten Bomben gegen Behörden und Einrichtungen der Weimarer Republik. Die HDJ glorifiziert deren „Wehrhaftigkeit", wohl wissend, dass ein „diktatorisches Wehrwolfregime" angestrebt wurde.

Der Mythos „Wehrwolf" hält sich in der rechtsextremen Szene hartnäckig. „Ohne dauernde Betätigung im Wehrsport erfüllt kein Kamerad seine Aufgabe", dieser Satz gehört zum historischen „Wehrwolf", findet aber heute noch Gehör. Im „Funkenflug", den auch viele Kinder und Jugendliche lesen, wird weiter unkritisch zitiert: „Ein Wehrwolflied lautete treffend: Unser Glaube sind Gewehre, Gerechtigkeiten gibt es nicht – wir kämpfen im schwarzen Heere, das einmal Deutschlands Ketten bricht." Gefährliche Ideale – auch im Hinblick auf ein mögliches Verbot.

Angeblich harmlose „Pfadfinderlager"

Die in Bedrängnis geratene Organisation ist auch im eigenen Lager nicht unumstritten, vielen agiert sie zu provokativ oder gilt als autoritär und militant. Dennoch gibt sie sich kämpferisch: „HDJ-Verbot – ihr könnt uns mal". Die Verantwortlichen höhnen im „Funkenflug" über „den mächtigsten Rollstuhlfahrer der Republik" und „Pressekreaturen", die ihnen die Arbeit schwermachen. „Das sind fanatische Neonazis, sie werden auf jeden Fall weitermachen", warnt Reinhard Koch, Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig, „nur in welcher Form, das bleibt abzuwarten".

Es gibt zahlreiche Spekulationen über mögliche Alternativen wie den neu-rechten „Freibund – Bund heimattreuer Jugend", den bündischen „Sturmvogel" oder die Jungen Nationaldemokraten, die bereits nach dem Aus der Wiking-Jugend zunächst als Auffangbecken dienten. Möglich sind auch locker vernetzte, namenlose Zellenstrukturen oder harmlos klingende Tarnvereine, wie der Hamburger „Kutterfreunde e.V.". Unrechtsgefühle scheint es in den HDJ-Reihen nicht zu geben. So kettete sich deren „Spendenbeauftragter", der Lüneburger UWL/Bündnis Rechte-Stadtrat Christian Berisha, kürzlich am Haupteingang der Polizeiinspektion in Lüneburg an, um gegen die HDJ-Razzia und die Beschlagnahmung seiner Firmencomputer zu demonstrieren. Berisha, der ein kleines Unternehmen für Kommunikationsmanagement betreibt, stellt sich auf einem Pappschild als „Opfer der Demokratie" dar. Die HDJ verharmlost er als „zugelassenen patriotischen Verein", der „Pfadfinderlager" organisiere.

Andrea Röpke

„Wischi-Waschi-Kurs“

Neonazis zeigen sich von der bayerischen NPD enttäuscht und kehren der Partei den Rücken zu.

Der Landesparteitag der bayerischen NPD am 9. November hat Nachwehen. Grund ist nicht zuletzt das seit Jahren zerrüttete Verhältnis zwischen dem rund 950 Mitglieder starken NPD-Landesverband Bayern und der von Freien Nationalisten dominierten NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Auf dem Parteitag, der in der Nähe des niederbayerischen Städtchens Landau stattfand, kam es dann zum Eklat. Nach der Wiederwahl des seit November 2000 amtierenden Landesvorsitzenden Ralf Ollert (48) verzichtete sein unterlegener Gegenkandidat Uwe Meenen (43) auf sein Stellvertreteramt, das er bislang innehatte, blieb der NPD allerdings als Beisitzer im 15-köpfigen Vorstand erhalten. Nach der Wahlniederlage Meenens, so ein Szenebericht, soll ein Drittel der Delegierten den Landesparteitag verlassen haben.

Meenen ist Gründungsmitglied des 1991 ins Leben gerufenen „Bundes Frankenland“ (BF). Ursprüngliches Ziel des BF, so Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, waren die Beseitigung des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie sowie die Schaffung eines „Vierten Deutschen Reichs“ nationalistisch-rassistischer Prägung. Unter den Abtrünningen in Landau war auch der bundesweit bekannte Neonazi Matthias Fischer (31), vormals Anführer und Mitbegründer der im Januar 2004 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ (F.A.F.). Die F.A.F. richtete sich aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Multifunktionär Fischer, bayerischer Landeschef der Jungen Nationaldemokraten und Vorsitzender des von Neonazis und Skinheads bestimmten NPD-Bezirksverbands Mittelfranken sowie NPD-Kreisvorsitzender in Fürth, verkündete noch im Tagungslokal seinen Austritt aus der Partei.

In einem Positionspapier mit dem sperrigen Titel „Wenn man: ‘Ade’ sagen muss! – Revolutionäre Kräfte in Bayern verlassen die NPD“ nahm Fischer Stellung zu seinem Rückzug aus der Partei. Demnach könne man mit der bayerischen NPD „keine revolutionäre nationale Politik“ machen, da diese einen „Wischi-Waschi-Kurs“ verfolge. Enttäuscht zeigte sich Fischer, der im Ausland auch schon mal den Hitlergruß zeigt, vom Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl. Die NPD hatte bei der bayerischen Landtagswahl im September lediglich 1,2 Prozent erreicht. Kritik äußerte Fischer an der politischen Ausrichtung des NPD-Wahlkampfes, der auf enttäuschte CSU-Wähler gezielt hatte. Dem alten und neuen NPD-Landesorganisationsleiter Alexander Feyen warf der Neonazi vor, in seinem Amt versagt und darüber hinaus mit staatlichen Behörden kooperiert zu haben. Mit pathetischen Worten verkündete Fischer, dass man „Kraft und Energie nicht mehr für Aktionen und eine Landespolitik missbrauchen lassen“ will, „hinter der wir aus elementaren Gründen der Anständigkeit nicht mehr stehen können und der wir auch keine relevanten Erfolgsaussichten im Kampf um die Befreiung Deutschlands einräumen“. Fischer ist Hauptorganisator des seit Ende 2006 monatlich stattfindenden Aufmarsches von Neonazis im oberfränkischen Gräfenberg.

Zum Vorsitzenden der bayerischen Jungen Nationaldemokraten (JN) war Fischer im April 2008 auf Vorschlag des scheidenden „Landesführers“ Norman Bordin gekürt worden. Fischer erklärte seinerzeit auf dem JN-Kongress, dass die JN neues Führungspersonal für die Mutterpartei bieten müsse, um somit eine „Entradikalisierung“ der Partei zu verhindern. Zugegen beim JN-Kongress war auch der damalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Uwe Meenen.

Solidarisch mit dem Austritts-Statement von Matthias Fischer erklärte sich Tony Gentsch, der ebenfalls die NPD verließ. Gentsch, bislang Kopf des etwa 25 Mitglieder umfassenden „Kameradschaftsbundes Hochfranken“ (Hof/Wunsiedel), leitete ab Ende 2007 zeitweilig die „Bundesgeschäftsstelle“ des im Juli 2008 aufgelösten „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ (KDS).

Gastredner des bayerischen NPD-Parteitages war der Bundesvorsitzende Udo Voigt, der „die soziale Frage als eine nationale Aufgabe“ bezeichnete, „die in Deutschland mit einem Ausländer-Rückführungsprogramm angegangen werden müsse“. Angaben der NPD zufolge waren „rund 240 Teilnehmer, davon 150 Delegierte“ bei diesem Landesparteitag vor Ort.

Anton Maegerle

„Taktische Fragen“

Handgreiflichkeiten in der Sachsen-NPD.

Im Dresdner Landtag setzte es Hiebe. Opfer war der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel. Zugelangt hatte Peter Naumann, wegen Sprengstoffanschlägen verurteilter Rechtsextremist, der zuletzt parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion war und nach einem Volltreffer in Gansels Gesicht entlassen wurde. Auslöser der Handgreiflichkeiten am 11. November sei „eine taktische Frage über das Vorgehen der Landespartei gewesen“, zitierte der MDR den NPD-Fraktionssprecher Arne Schimmer. Tatsächlich geht es in der Sachsen-NPD aber längst nicht mehr nur um „taktische Fragen“. Der radikale Flügel der Partei und „freie“ Neonazis kritisieren eine angebliche „Leisetreterei“ der Fraktion rund um Holger Apfel. Ihr wird unterstellt, nur das eigene – auch finanzielle – Wohl im Auge zu haben und dafür radikalere Inhalte aufzugeben.

Aktueller Anlass der Prügelei war vermutlich eine Demonstration drei Tage zuvor in Reichenbach (Vogtlandkreis), an der auch Naumann und Gansel teilnahmen. Naumann wird vom Apfel-Flügel unterstellt, selbst 2009 für den Landtag kandidieren zu wollen, sozusagen als Redner bei solchen Demonstrationen auf Werbetour an der radikalen Basis für sich zu werben. Gansel hingegen soll in Reichenbach quasi als Zuchtmeister der Fraktion aufgetreten sein, der bestimmte Redner und Transparente und die Parole „Nationaler Sozialismus – jetzt!“ habe verhindern wollen. Der Vorstand des NPD-Kreisverbandes Vogtland trat eine Woche später zurück. Die Ex-Kreisvorsitzende Nicole Fortak: „Wir Nationalen Sozialisten lassen uns nicht von Leuten, wie Apfel und Gansel, denen es nur noch um Macht und Geld geht, benutzen.“ 13 Mitglieder aus dem Vogtland sollen die NPD verlassen haben, darunter die drei Kreistagsmitglieder, die ihre Mandate behalten wollen.

„Opfer“ Gansel im Übrigen ist seinerseits offenbar auch nicht zimperlich. In Kürze, so berichtete die „Sächsische Zeitung“, will die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob gegen den Abgeordneten nach einer Pfeffersprayattacke auf einen vermeintlichen Nebenbuhler Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben wird.

Tomas Sager

Ausland

Prominente Autorenschaft

Neues Sprachrohr für die französische extreme Rechte.

Vor wenigen Wochen ist die erste Ausgabe der neuen rechtsextremen Zeitung „Flash“ erschienen. Ein Teil der früheren Redaktion der im Mai eingestellten Wochenzeitung „Hebdo“, die dem Front National nahe stand, ist wieder dabei, etwa Nicolas Gauthier, der sich um die Interviews kümmert, und die Kolumnistin respektive Glossen-Verfasserin „Topoline“. Auf den ersten Blick wirkt die Zeitung dünn und mit ihrem Farbdruck eher wie ein Boulevardblatt.

Der Inhalt allerdings hat es in sich, oder jedenfalls die Namen, die künftig dafür Sorge tragen sollen. Mit von der Partie ist beispielsweise der neurechte Vordenker Alain de Benoist, der sich bislang aus dem „Tagesgeschäft“ der extremen Rechten weitgehend herausgehalten hat. In der „Flash“-Ausgabe ist er mit einer vollen Seite vertreten. Er analysiert die aktuelle Finanzkrise, wobei sein Artikel weitgehend „unverfänglich“ formuliert ist. Aber diese Fähigkeit, die eigene Orientierung hinter einer sachlich wirkenden oder auch aus anderen politischen Strömungen entlehnten Argumentation zu verbergen, zeichnete de Benoist schon immer aus.

„Kopf“ von „Flash“ ist Alain Soral, ein früherer Linker und Publizist, der sich für einen Intellektuellen hält und als Berufsprovokateur (etwa mit dem Bekenntnis „Ich bin ein Macho“) auftritt. In der ersten Ausgabe darf er sich darüber beklagen, er müsse in Frankreich in einem „weichen GULAG“ leben, da die Medien einem „Dissidenten“ wie ihm kein Gehör verschafften – es wäre ihm persönlich noch lieber gewesen, in der Sowjetunion Opfer des wirklichen GULAG zu werden. Neben Soral meldet sich der mit ihm befreundete schwarze Antisemit Dieudonné M'bala zu Wort, der sich gegen „Denkverbote“ – denen seine Wortmeldungen zum Opfer fielen – wendet. Und den Außenpolitikteil der Zeitung verantwortet Christian Bouchet, ein – laut eigenen Worten – „Nationalbolschewist“, der innerhalb der extremen Rechten wegen seines Sektierertums als umstritten gilt.

Bernhard Schmid

Seitenblick

„Antisemitische Keule"

70 Jahre nach dem Novemberpogrom: NPD-Antrag sieht Schuld bei Juden.

Schon im Vorfeld der 56. Sitzungswoche des Schweriner Landtags hatte ein Antrag der NPD-Fraktion für Aufsehen gesorgt. Im ursprünglich eingebrachten Antrag „Antigermanismus bekämpfen" schrieb die NPD-Fraktion die Schuld für die Novemberpogrome der Nationalsozialisten im Jahr 1938 letztlich den Juden selbst zu. Doch nun macht die NPD offenbar einen Rückzieher.

Dass Mecklenburg-Vorpommern keine Probleme mit einer hohen Ausländerquote oder „Überfremdung" hat, ist selbst der NPD-Fraktion bewusst. Aus diesem Grund fordert sie in ihrem Antrag, präventive Maßnahmen, um dem „aufkeimenden Antigermanismus entgegenzuwirken". „Fremde, insbesondere Muslime (...) verachten in zunehmendem Maße Deutsche" und stellten deshalb eine „Bedrohung" der deutschen Kultur und Gesellschaft dar. Als Beispiel werden Gebiete „im Westen Deutschlands" angeführt, in denen Deutsche eine Minderheit sind und „verstärkt in eine Opferrolle kommen". Ebenso werden „klassische Einwanderungsländer" wie England benannt, wo „Weiße in der Mehrzahl Opfer rassistischer Verbrechen werden".

Um ihre These der Gefahr der „Überfremdung" zu stützen, versuchte die NPD-Fraktion in ihrem ursprünglichen Antrag, die Geschichte als Beweismittel zu verwenden. Demnach zeige die Geschichte „verhängnisvolle Wechselwirkungen solcher Xenophilien (Vorliebe für Fremde, Anm. d. Red.)". Als historisches Ereignis zieht die NPD-Fraktion ausgerechnet die Novemberpogrome des Jahres 1938 heran. So seien die „antijüdischen Unruhen" durch den von „Deutschenhass motivierten Mordanschlag" des Juden Herschel Grynszpan ausgelöst worden. Ebenso hätte der „Boykottaufruf des Jüdischen Weltkongresses gegen die deutsche Wirtschaft" zu den Maßnahmen gegen jüdische Geschäfte in Deutschland im April 1933 geführt. Auch die NSDAP gab nach den Novemberpogromen den Juden die Hauptschuld für die Übergriffe auf jüdische Geschäfte und Synagogen. Damals mussten Juden für die Pogromschäden finanziell haften und zusätzlich als „Sühneleistung" eine Sondersteuer von mehr als einer Milliarde Reichsmark zahlen.

Als Beitrag zum „inneren Frieden unseres Landes" möchte die NPD-Fraktion ihren Antrag sehen, der zugleich als Vorbild für andere Bundesländer dienen soll. Dieses Vorbild dürfte aber ein schlechtes sein, denn der Antrag stellt eine klare Zäsur in der bisherigen parlamentarischen Arbeit der NPD dar. Zwar kam es außerhalb des Landtages – insbesondere auf Demonstrationen – häufiger vor, dass Mitglieder der NPD-Fraktion die „antisemitische Keule" schwangen, im Parlament wäre es derart offen ein Novum. Bei der Demonstration in Gräfenberg 2007 forderte Udo Pastörs deutlich: „Wir wollen, dass Deutschland im Kanon der Völker Europas hörbar bleibt, weil wir kein Multikulti-Europa wollen. Wir wollen ein Europa der Vaterländer und nicht der jüdischen Krämer."

Im Plenum provozierten die NPD-Abgeordneten auch gerne einmal, aber solch klaren Worte wie in dem Antrag fanden sie bisher nicht. Im Juni dieses Jahres provozierte die NPD-Fraktion mit der Einbringung eines Antrags (Drs. 5/1485), der die Aufführung des Fassbinderstücks „Der Müll, die Stadt und der Tod" anregte. Pastörs sah sich in der damaligen Debatte als Kämpfer für die Freiheit der Kunst. Jedoch schoss er mit der Bezeichnung des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, als „Goldschieber und Betrüger" über sein Ziel hinaus. Der SPD-Abgeordnete Klaus-Michael Körner vermutete hinter dem Antrag der NPD, dass dieser eine Antisemitismusdebatte anschieben solle: „Die Dumpfheit und Gefährlichkeit des Antisemitismus nistet in ihren Köpfen und brütet Unheil aus. Sie wollen mit einer Provokation antisemitische Reflexe auslösen."

Offenbar bekam die NPD aber doch noch das Flattern, „entschärfte" jetzt ihren Antrag und strich die Passage, die dem Juden Herschel Grynszpan die Schuld an den „antijüdischen Unruhen" zuschrieb. Damit wäre sie aber vermutlich nur dem Präsidium des Landtages zuvorgekommen. Denn die Geschäftsordnung des Landtages sieht in Paragraph 42 vor, dass das Präsidium Beratungsvorlagen zurückweisen muss, wenn sie unter anderem „durch ihren Inhalt den Tatbestand einer strafbaren Handlung erfüllen".

Claudia Naujoks, www.endstation-rechts.de

Grauzone

Gesinnungsvertriebene

Der revanchistische Witikobund pflegt allerlei Verbindungen zu Vertretern der extremen Rechten.

Die Bundesregierung sieht beim „Witikobund“ (Bundesgeschäftsstelle: München) weiterhin „eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextreme Bestrebungen“, wie aus ihrer Antwort vom 31. Oktober auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 16/10657) hervorgeht. Bekannt sind der Bundesregierung „Verbindungen“ des Witikobundes zur „rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), die aus der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen hervorgegangen ist.

Geführt wird der Witikobund seit 2006 von Hans Mirtes aus dem niederbayerischen Frontenhausen. Mirtes, der 1997 den Witikonen als Mitglied beitrat, ist zugleich Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher“ und des „Heimatkreises Mies-Pilsen“. Mirtes’ Vorgänger war Horst Rudolf Übelacker, Buchautor des revisionistischen Grabert-Verlags und Referent bei der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“. Übelacker stand dem Witikobund von 1996 bis 2006 vor.

Als Mitteilungsorgan des Witikobundes dient der viermal im Jahr erscheinende „Witikobrief“. Einer der maßgeblichen Macher des Blattes ist Oberstleutnant a.D. Alfred Zips, vormal Regionalbeauftragter der „Deutschland-Bewegung“ von Alfred Mechtersheimer. Zips, Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“, war einst Funktionär des Bundes Freier Bürger und wechselte später in den Bundesvorstand der Deutschen Partei. Zips gehört zu den Erstunterzeichnern eines „Manifests der Deutschen 2008“, das die „unverfälschte Darstellung der Geschichte unserer Väter- und Großvätergeneration“ fordert. Aufgerufen zur Unterzeichnung des „Manifests“ wird auf der Homepage der antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“. Zu den szenebekannten Mitstreitern des Witikobundes zählten beziehungsweise zählen neben anderen der Multifunktionär Hans-Ulrich Kopp sowie Rolf Kosiek oder Wigbert Grabert.

Der „Witikobund“ wurde 1950 in Stuttgart unter anderem von ehemaligen Nationalsozialisten aus dem NS-Gau Sudetenland und dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ gegründet. Der sich als „nationale sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft“ definierende Witikobund ist stramm revanchistisch ausgerichtet und verlangt nach einer Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs.

Im Juni 2008 hatten die „Jungen Witikonen im Witikobund“ und die „Schlesische Jugend”, die Jugendorganisation der Landsmannschaft Schlesien, eine „Cannstatter Erklärung“ verabschiedet, in der sie eine „enge und intensive“ Zusammenarbeit ankündigten. Unter dem Motto „Werte und Tugenden für ein zukünftiges Deutschland“ veranstalten jetzt die beiden Nachwuchsvertriebenen-Gruppierungen vom 20. bis 23. November ihre „1. Deutschlandpolitische Akademie“ im Harz (Sachsen-Anhalt).

Geworben wurde für die „1. Deutschlandpolitische Akademie“ in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und in dem rechtsextremen Monatsblatt „Nation&Europa“. Als Referenten sind unter anderem Heinz-Lothar Barth, Uwe Lipowski, Ingeborg Godenau und Friedrich Baunack angekündigt. Barth ist bei der rechtsklerikalen „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, die der Vatikan-Abtrünnige Erzbischof Lefebvre gegründet hat, aktiv. Lipowski ist Gründungsmitglied des „Michaelbundes“, dessen „Leitstern“ das „Ideal der geistlichen Ritterschaft für Gott und Deutschland“ ist. Lipowski war einst Pressesprecher des „Aktionsbündnisses für Brandenburg“ und schloss sich später der Deutschen Partei an. Zeitweilig amtierte Lipowski als „Feldmeister“ der umstrittenen „Katholischen Pfadfinderschaft Europas“ (KPE). Godenau ist Interviewpartnerin der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“. Sie kandidierte mehrfach für die Republikaner bei Kommunalwahlen. Im Frühjahr 2006 war sie Spitzenkandidatin des rechtsextremen „Bürgerbündnisses PRO Schwalm-Eder“, dem auch Personen aus dem Umfeld der NPD und der Neonazi-Skinszene angehörten. Baunack engagierte sich einst unter anderem bei den Republikanern und der „Deutschland-Bewegung“. In der „Deutschen Stimme“ schwadronierte Baunack 2003: „Eine Minderheit ... forscht verzweifelt nach Wegen aus der Babylonischen Gefangenenschaft. Man nennt diese wenigen Ewiggestrige, Nazis.“

Anton Maegerle

Feierabendstimmung

Fernsehzeitung warnt vor dem „Untergang des Abendlandes".

Unter dem Motto, „Bücher, die ihnen die Augen öffnen", wirbt der Kopp-Verlag für seine Produkte. Im aktuellen Sortiment findet sich unter dem Titel „SOS-Abendland" ein Werk des ehemaligen FAZ-Korrespondenten Udo Ulfkotte, für das in ganzseitigen Anzeigen in der Nummer 44 der in vielen Regionalzeitungen zu findenden Fernsehbeilage „rtv" geworben wurde. Die Bundestagsabgeordnete der Linken Eva Schröter-Bulling bezeichnete den Text in einer Pressemitteilung als „Aufstachelung zum Religionshass". Die rhetorische Fragen in dem Text suggerieren, dass in europäischen Ländern 70 Prozent der inhaftierten Straftäter Muslime seien, christliche Kirchen Schutzgeld an Muslime zahlen müssten und schießwütige Muslime sofort und ohne Verfahren auf freien Fuß gesetzt würden. Darüber findet sich die Aussage: „Was schon lange prophezeit wurde, scheint nun finstere Realität zu werden: der Untergang des Abendlandes".

Buchautor Udo Ulfkotte ging zwar auf Distanz zu dem im September in Köln organisierten Anti-Islamismus-Kongress der „pro"-Köln-Bewegung. Mitte 2007 war er allerdings bei der rechtspopulistischen Wählervereinigung Bürger in Wut in Bremen dabei und war kurzzeitig als Kandidat der christlich-fundamentalistischen „Deutschen Zentrumspartei" bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 2008 angekündigt. Am 3. Juni 2007 referierte Ulfkotte neben Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek sowie dem rechten CDU-Dissidenten Henry Nitzsche auf einer Veranstaltung des Instituts für Staatspolitik zum Thema „Ein neues konservatives Programm".

Kritik äußerte Ulfkotte an den Organisatoren eines islamkritischen Kongresses, die sich klar von rechten Positionen distanzierten und den Mitarbeiter der „Jungen Freiheit" Rolf Stolz ausluden. „Selbst nach ihrer Lösung von der Moslem-Ideologie scheinen sich einige Vertreter ... immer noch nicht von einem weit verbreiteten Grundsatz der Islam-Ideologie getrennt zu haben: Der Intoleranz gegenüber allen Andersdenkenden.", so Ulfkotte.

Peter Nowak

Rezension

Unendliches Thema

Eine Bilanz der Antisemitismusforschung.

Mittlerweile liegt eine Fülle von Literatur zum Antisemitismus vor. Dazu gehören kurze wie mehrbändige Gesamtdarstellungen ebenso wie regionale oder vergleichende Fallstudien. Bislang fehlte noch eine Art Forschungsbilanz, die Interessierten wie Wissenschaftlern einen Überblick zu Beschreibungen und Interpretationen liefert. Ein solches Buch legt nun der Düsseldorfer Historiker Christoph Nonn unter dem schlichten Titel „Antisemitismus" vor. Es erschien in der Reihe „Kontroversen um die Geschichte", die Überblicksdarstellungen zur Auseinandersetzung mit historischen Themen in der Forschung veröffentlichen will.

Seine Darstellung und Kommentierung der bisherigen wissenschaftlichen Aufarbeitung gliedert Nonn in sieben Themenfelder: Zunächst geht es um die Frage nach Kontinuität und Bruch in der jahrhundertelangen Geschichte und die unterschiedlichen Erklärungsansätze für den Antisemitismus. Dem folgt ein Überblick zur Erforschung im internationalen Vergleich bezogen auf verschiedene Länder. Der Antisemitismus vor 1933, in der Zeit des Nationalsozialismus und nach 1945 steht danach im Zentrum des Interesses. Und schließlich geht der Autor noch auf den Antisemitismus in der islamischen Welt ein und skizziert einige Perspektiven für die zukünftige Forschung.

Nonn erweist sich als guter Kenner der Forschung und liefert einen beachtenswerten Überblick zur bisherigen Analyse des Antisemitismus. Da für seine Darstellung offenbar nur ein begrenzter Raum zur Verfügung stand, werden verschiedene Aspekte mitunter nur kursorisch angesprochen. Im vorgegebenen Rahmen hätte man sich ausführlichere Informationen zu den Erklärungsansätzen gewünscht. Gleichwohl liefert der Band einen brauchbaren Überblick zur Forschung über den Antisemitismus. *Armin Pfahl-Traughber*

Christoph Nonn: Antisemitismus (Reihe: Kontroversen um die Geschichte). Wissenschaftliche Buchgesellschaft Verlag, Darmstadt 2008, 136 S., 16,90 Euro.

Blick in die Zeitgeschichte

Tausendfach gelohnt

Seit 50 Jahren arbeitet jetzt die „Zentrale Stelle der Justizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen" in Ludwigsburg.

Es war wohl eher ein Zufall: Wenige Tage vor dem 50. Jahr ihrer Gründung hat eine Institution auf sich aufmerksam gemacht, die unendlich viel für den Ruf der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat getan hat: Die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen" in Ludwigsburg bei Stuttgart. Es ging jetzt um den mutmaßlichen NS-Verbrecher John Demjanjuk aus der Ukraine, der sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Staatsbürgerschaft der USA erschlichen hat. 1981 wurde sie ihm aberkannt. Israel beschuldigte ihn damals, im NS-Vernichtungslager Treblinka gemordet zu haben. Das konnte die israelische Justiz allerdings nicht beweisen. Zuerst zum Tod verurteilt, musste der Angeklagte schließlich freigesprochen werden. Er kehrte in die USA zurück – nun als Staatenloser.

Schon vor der Hauptverhandlung in Jerusalem hatte der deutsche Oberstaatsanwalt und NS-Experte Alfred Spiess davor gewarnt, Demjanjuk nur wegen Treblinka anzuklagen. Der habe nämlich nachweislich vor allem im Vernichtungslager Sobibor gewütet. Doch deshalb konnte er 1981 in Israel nicht angeklagt werden, weil das nicht im Auslieferungsbegehren stand. Jetzt ist die Lage anders. „Die Beweiskette ist lückenlos", sagte der Chef der Ludwigsburger Zentrale, Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm, der „Jüdischen Allgemeinen" (JA). Sollte die zuständige Staatsanwaltschaft München entscheiden, Demjanjuk anzuklagen, wird sie die US- Justizbehörden bitten, ihn auszuliefern. „Dann könnte dies sehr schnell geschehen", so Schrimm.

Der Anstoß, eine zentrale Justizbehörde eigens zur Aufklärung von NS-Verbrechen zu bilden, kam nach einem NS-Prozess in Ulm. Damals wurden wegen NS-Massenmorden in baltischen Staaten zehn Angehörige eines „Einsatzkommandos" angeklagt und verurteilt. Auf die Spur von Bernhard Fischer-Schweder waren Öffentlichkeit und Justiz durch den Angeklagten selbst gekommen. Der hatte sich nämlich nach seiner Entlassung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft um die Leitung eines Flüchtlingslagers beworben – unter falschem Namen. Als der Schwindel aufflog, wurde Fischer-Schweder entlassen, wogegen er klagte. Das kam in die Presse. Öffentlich wurde versucht, Licht in den ganzen Komplex zu bringen. Dabei stellte sich heraus, dass die Massenverbrechen der „Einsatzgruppen" noch nie vor einem deutschen Gericht verhandelt worden waren. Ankläger in Ulm war Staatsanwalt Erwin Schüle. Nach den hohen Strafen gegen die Angeklagten berieten die Justizminister und Justizsenatoren der Bundesländer, wie nun weiter zu verfahren sei. Das war die Geburtsstunde der „Zentralen Stelle", die am 1. Dezember 1958 ihre Arbeit aufnahm. Erster Leiter wurde Erwin Schüle. Der freilich musste nach kurzer Zeit seinen Hut nehmen. Es war nämlich herausgekommen, dass Schüle Mitglied der SA gewesen war. Sein Nachfolger wurde Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl, ein Demokrat und Jurist erster Klasse.

Mit Rückerl begann die Zentrale eigentlich erst mit ihrer Arbeit – im Inland, besonders aber im östlichen Ausland, wo Einsatzkommandos und andere NS-Einheiten besonders grausam gewütet hatten. Insbesondere die polnische Justiz, die sich zuvor ziemlich zugeknöpft verhalten hatte, öffnete Rückerl und seinen Mitarbeitern Tür und Tor. Auch westeuropäische Staaten zeigten sich zugänglich. Schließlich wurde nun endlich zum ersten Mal seit der Befreiung gegen mutmaßliche NS-Verbrecher systematisch ermittelt – nach sage und schreibe 13 Jahren. Vorher war es ins Belieben jedes Staatsanwalts gestellt, ob er konsequent ermittelt und Anklage erhebt oder den Mantel des Schweigens über die Morde und andere NS-Verbrechen ausbreitet.

Was nun wegen NS-Verbrechen folgte, war eine Vielzahl von „kleinen" und „großen" NS-Prozessen. Dabei sollte aus juristischen Gründen eigentlich kein Unterschied zwischen verschiedenen NS-Prozessen gemacht werden. Sie waren alle wichtig, weil sie dem Recht dienten. Wahrscheinlich dürfte das Verfahren gegen Demjanjuk, so es denn wirklich kommt, der letzte NS-Prozess sein, den Ludwigsburg angestoßen hat. Über die Zukunft der „Zentralen Stelle" befinden die Justizminister der Länder. Die finanziellen Kosten der „Zentrale" haben sich jedenfalls viel tausendfach gelohnt.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Mobilisierung im Südwesten

Ulm – In Ulm wollen Neonazis am 1. Mai 2009 auf die Straße gehen. Die Demonstration durch die Innenstadt unter dem Motto „Aufruhr im Paradies, die Jugend stellt sich quer – Wir wollen eine Zukunft!“ soll der NPD-Landesgeschäftsführer Alexander Neidlein aus Crailsheim angemeldet haben. Beendet werden soll die Veranstaltung vor dem Ulmer Hauptbahnhof. Als Unterstützer werden bislang die Landesverbände von NPD und Jungen Nationaldemokraten, der JN-Bundesvorstand, aus dem „freien“ beziehungsweise rechts-„autonomen“ Spektrum das „Karlsruher Netzwerk“, das „Nationale Augsburg“, die „Freien Nationalisten München“, die „Aktionsgruppe Württemberg“ und die „Freien Kräfte Bodensee“ genannt. Für die Mobilisierungsseite zu dem Aufmarsch im Internet zeichnet die JN Baden-Württemberg verantwortlich. Bereits seit Anfang September mobilisieren Neonazis aus Nord- und Westdeutschland zu einer weiteren Veranstaltung unter dem Motto „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur – Nationaler Sozialismus jetzt!“ am 1. Mai in Hannover. (ts)

„Rute an Heiligabend“

Aachen – Neonazis marschieren an Heiligabend in Aachen für die „Meinungs- und Demonstrationsfreiheit“ auf. Das Motto der von dem Kölner Neonazi Axel Reitz angemeldeten Demonstration lautet: „Da habt ihr die Bescherung! Meinungs- und Demonstrationsfreiheit ist kein Geschenk, sondern unser Recht!“ Der Aufmarsch soll um 10.00 Uhr vor dem Hauptbahnhof beginnen. Reitz, ebenso Anmelder des Aufmarsches am 8. November, schreibt in seinem aktuellen Aufruf: „Wer den Verbotsknüppel auspackt und die Knechtung des Rechts bejubelt, der bekommt am Heiligabend die Rute in Form einer nationalen Demonstration!“ Hintergrund ist, dass der Reitz-Aufmarsch am Vorabend des 70. Jahrestages der Pogromnacht unter dem provokativen Motto „Gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung! Gedenkt der deutschen Opfer“ nur als Standkundgebung hatte stattfinden können. Zudem hatte das Verwaltungsgericht Aachen Reitz „ein nationalsozialistisches und antisemitisches Weltbild“ attestiert, weswegen dem untersagt blieb, selbst als Redner und Versammlungsleiter zu fungieren. Nach der Kundgebung am 8. November vor dem Aachener Hauptbahnhof waren dann von den rund 100 Neonazis noch etwa 80 „spontan“ gegen „Polizeischikanen“ durch das rund 35 Kilometer entfernte Düren gezogen. Reitz beziehungsweise der Hamburger Christian Worch hatten mehrfach an Heiligabend „gegen Polizeiwillkür“ aufmarschieren lassen, etwa 2004 in Recklinghausen, 2005 in Duisburg und 2006 in Minden. Die Teilnehmerzahlen schwankten dabei zwischen 50 bis 90 Personen. (mik)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de